

10. Sozialpolitische Grundlagenarbeit

Sektion V, BMSK

Inhaltsverzeichnis

10.1.	Erhebung der Einkommens- und Lebensbedingungen	124
10.2.	Erhebung der Sozialschutzausgaben	124
10.3.	Einkommensverteilung	125
10.4.	Vermögensverteilung	125
10.5.	Analysen und verbesserte Sozialhilfestatistik im Rahmen der Bedarfsorientierten Mindestsicherung	125
10.6.	Steuergutschrift für BezieherInnen niedriger Einkommen	125
10.7.	Wohnungslosigkeit	125
10.8.	Mikrosimulationen.....	126
10.9.	Alternative Finanzierungsformen der sozialen Sicherheit.....	126
10.10.	Finanzierungsprobleme sozialer NPOs.....	126
10.11.	E-Inclusion	126

10. Sozialpolitische Grundlagenarbeit

Die sozialpolitische Grundlagenarbeit des Bundesministeriums für Soziales und Konsumentenschutz (BMSK) erfolgt zu allgemeinen sozial- und verteilungspolitischen Fragestellungen mit den Schwerpunkten Armut und soziale Ausgrenzung, volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen, Verteilung der Einkommen und Sozialleistungen, Umfang und Struktur der Sozialausgaben und Finanzierung der Sozialsysteme.

Sie umfasst die Konzeption, Vergabe und Betreuung von Forschungsprojekten, die Erarbeitung von Konzepten und Gutachten als Grundlage für sozialpolitische Entscheidungen sowie die Erstellung und Redigierung von Berichten. Zu den regelmäßigen Berichten zählen der gegenständliche Sozialbericht, der Strategiebericht für Sozial-

schutz und soziale Eingliederung sowie der Bericht Sozialschutz in Österreich.¹ Einige der hier erwähnten Berichte und Studien sind im Analyse- teil des aktuellen Sozialberichts veröffentlicht.

Das BMSK wirkt im Rahmen der Grundlagenarbeit in nationalen und internationalen Gremien mit, die sich mit statistischen Fragen, Forschungspolitik, Armut und soziale Ausgrenzung sowie Verteilungsfragen beschäftigen: der Statistikrat und die Fachbeiräte von Statistik Austria, die EU-Indikatorengruppe des Sozialschutzausschusses, die OECD-Working Party on Social Policy, die Expertengruppe des Europarates zu NiedrigeinkommensbezieherInnen sowie diverse Arbeitsgruppen und Fachbeiräte im Zuge von Forschungsprojekten.

10.1. Erhebung der Einkommens- und Lebensbedingungen

Aufgrund einer EU-Verordnung sind die Mitgliedstaaten dazu verpflichtet, Statistiken zu den Einkommens- und Lebensbedingungen zu erstellen. Das BMSK beauftragt demgemäß Statistik Österreich damit, Befragungen der österreichischen Haushalte durchzuführen (EU SILC – EU Survey on Income and Living Conditions). Diese Darstellung der Einkommens- und Lebenssituation liefert die Datenbasis für die Armutsgefährdungsrate und für Indikatoren zur Messung der Verwirklichung von Zielen in der Armutsbekämpfung und stellt einen wichtigen Bestandteil in der Armutsberichterstattung dar.

Da die gemeinsamen EU-Indikatoren zur Messung von Armut und sozialer Ausgrenzung nur teilweise

die nationalen Problemfelder abdecken, hat das BMSK 2007 einen Auftrag zur Entwicklung ergänzender österreichischer Indikatoren für diesen Bereich vergeben. Es können damit die sozialen und ökonomischen Entwicklungen von sozial benachteiligten Personengruppen, die Wirkung der eingesetzten Instrumente zur Armutsbekämpfung sowie die für Armut und soziale Ausgrenzung generellen demografischen und ökonomischen Trends dargestellt werden.

Die Ergebnisse von EU-SILC 2006 und des vorhin genannten Forschungsprojekts werden im Kapitel 16 dieses Sozialberichts präsentiert.

10.2. Erhebung der Sozialschutzausgaben

Im Auftrag des BMSK werden von Statistik Österreich die Sozialschutzausgaben und deren Finanzierung gemäß der unter den EU-Mitgliedstaaten vereinbarten Methodologie ESSOSS (Europäisches System der Integrierten Sozialschutzstatistik) erhoben. Im Kapitel 13 dieses Sozialberichts werden die Struktur der Sozialschutzausgaben, die Entwicklung seit 1995 und die erwartbaren

Auswirkungen der sich verändernden demografischen Verhältnisse auf die Sozialschutzausgaben in den nächsten 20 bis 25 Jahren analysiert.

1. Alle genannten Berichte sind auf der Website des BMSK <https://broschuerenservice.bmsk.gv.at/> oder in Broschürenform erhältlich.

10.3. Einkommensverteilung

Einen wichtigen Wohlfahrtsindikator liefert die Entwicklung und Verteilung der Einkommen in Österreich. Erhebungen durch das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) im Auftrag des BMSK zeigen in der Entwicklung der Einkommensverteilung der letzten Jahrzehnte

eine Umverteilung von den Lohneinkommen zu den Einkünften aus Besitz und Unternehmertätigkeit sowie eine Zunahme der Einkommensdisparitäten innerhalb der Lohneinkommen (siehe dazu Kapitel 17 dieses Sozialberichts).

10.4. Vermögensverteilung

Zum Thema Vermögensverteilung führte die Österreichische Nationalbank (OeNB) eine repräsentative Haushaltsbefragung durch, welche Daten für eine Analyse der Verteilung der Geldvermögen auf Haushaltsebene liefert. Das Ergebnis dieser Analyse zeigt eine beachtliche Ungleich-

verteilung des Geldvermögens in Österreich, die auf Grundlage verschiedener Maßzahlen – wie zum Beispiel Einkommen, Alter und Bildung – untersucht wurde (siehe Kapitel 18 dieses Sozialberichts).

10.5. Analysen und verbesserte Sozialhilfestatistik im Rahmen der Bedarfsorientierten Mindestsicherung

Begleitend zur Vorbereitung der Bedarfsorientierten Mindestsicherung (siehe Kapitel 6 dieses Sozialberichts) wurden verschiedene analytische Arbeiten (z.B. eine Spezialauswertung von EU-SILC zum Thema Wohnungsaufwand und fiktive Miete) durchgeführt. Es wurde weiters zur Verbesserung der bisherigen Sozialhilfestatistik der Bundesländer in einer Projektarbeitsgruppe zusammen mit VertreterInnen der Bundesländer

eine Statistikanlage für die 15a-Vereinbarung erarbeitet, mit dem Ziel der Erreichung zuverlässiger und vergleichbarer Daten zur offenen Sozialhilfe und damit zu einer analytischen Begleitung und Evaluierung der bedarfsorientierten Mindestsicherung. Die statistischen Unterlagen sollen für die Sozialplanung innerhalb der Länder und an den Schnittstellen mit anderen Gebietskörperschaften zur Verfügung stehen.

10.6. Steuergutschrift für BezieherInnen niedriger Einkommen

Die geplanten Maßnahmen im Rahmen der bedarfsorientierten Mindestsicherung – Verbesserungen der Sozialhilfe, Arbeitslosenversicherung und der Mindestpension – sind überwiegend auf derzeit nicht im Erwerbsleben stehende Personen ausgerichtet. Neben dem von den Sozialpartnern vereinbarten Mindestlohn von 1.000 EUR wurde daher nach weiteren wirksamen Hilfen für die sogenannten „working poor“ geforscht. Mit der Erstellung eines Konzeptes betreffend eine Steuergutschrift

für BezieherInnen niedriger Einkommen sollen einerseits Personen und Haushalte mit niedrigem Erwerbseinkommen unterstützt und andererseits für bisher nicht erwerbstätige Personen mehr Anreize für den Eintritt ins Berufsleben geboten werden. Diese Maßnahme hätte eine unmittelbar armutsbekämpfende Wirkung v.a. für AlleinerzieherInnen, kinderreichen Haushalte und erwerbseingeschränkte Personen.

10.7. Wohnungslosigkeit

Ein weiterer armutsrelevanter Studienauftrag wurde im Jahr 2007 zum Thema Wohnungslosigkeit

in Österreich vergeben. Im Rahmen einer quantitativen und qualitativen Grunderhebung

von Wohnungslosenhilfe-Einrichtungen im ambulanten und stationären Kontext sowie von Personen, die von Wohnungslosigkeit bedroht sind, wurden in Zusammenarbeit mit den Bundeslän-

dern Daten über das Ausmaß von Wohnungslosigkeit – aufgeschlüsselt nach verschiedenen Kriterien – erhoben.

10.8. Mikrosimulationen

Ein Mikrosimulationsmodell ist ein wertvolles Werkzeug für Analysen und Berechnungen von Auswirkungen politischer Maßnahmen. EURO-MOD ist ein derartiges bestehendes Mikrosimulationsmodell für Steuer- und Transfersimulationen, das im Auftrag der Europäischen Union für die EU-Mitgliedsstaaten entwickelt wurde. Um Auswirkungen von Änderungen im Steuer- und

Transfersystem auf Einkommensarmutsgefährdung, Einkommensverteilung und soziale Eingliederung auf aktueller Datenbasis berechnen zu können, wurde im Jahr 2008 vom BMSK ein Auftrag zur Adaptierung dieses Modells mit den jüngsten verfügbaren Mikro-Haushaltsdaten aus EU-SILC 2006 vergeben.

10.9. Alternative Finanzierungsformen der sozialen Sicherheit

2007 wurde ein Forschungsprojekt zur Analyse der gegenwärtigen Finanzierungsstruktur der Sozialsysteme – vor allem im Hinblick auf Verteilungs- und Beschäftigungseffekte sowie absehbare Veränderungen der Bevölkerungsstruktur –

in Auftrag gegeben. Dieser Analyse wurden alternative Finanzierungsformen gegenübergestellt und deren Aufkommenspotential sowie Verteilungswirkungen berechnet (siehe Kapitel 15 dieses Sozialberichts).

10.10. Finanzierungsprobleme sozialer NPOs

Für im Sozialbereich tätige NPOs können sich Probleme ergeben, notwendige Vor-, Zwischen- bzw. Abschlussfinanzierungen im Rahmen von öffentlich geförderten Aktivitäten sicher zu stellen, da z.B. die Zahlungszeitpunkte nicht immer dem zeitlichen Finanzierungsbedarf entsprechen. Zwi-

schensfinanzierungen von Projekten über eine Bank können dabei v.a. kleine NPOs in Finanzierungsschwierigkeiten bringen. In einer vom BMSK eingesetzten Arbeitsgruppe werden dazu verschiedene Lösungsansätze diskutiert.

10.11. E-Inclusion

Seit 2006 läuft die von der EU-Kommission initiierte europäische Initiative für digitale Integration, die in Österreich vom BMSK und BKA koordiniert wird. Mit vielfältigen Maßnahmen und Aktivitäten im Bereich „digitale Integration“ (e-Inclusion) soll das Potenzial der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) zur Überwindung traditioneller Formen sozialer Ausgrenzung voll ausgeschöpft und zugleich sichergestellt werden, dass alle BürgerInnen von den IKT profitieren.

Im Jahr 2008 lief die Kampagne mit dem Motto „e-Inclusion: Die Informationsgesellschaft geht uns alle an“. Die Abschlusskonferenz fand vom 30. November bis 2. Dezember 2008 in Wien statt. Zahlreiche Diskussionsrunden, Workshops und Ausstellungen vor allem zu den Themenbereichen digitale Kompetenzen, Barrierefreiheit und wohltuendes Älterwerden, sowie zur Zukunft der Informationsgesellschaft waren Teil des Programms.